

Arbeiterklasse

Rote Sportler!
Bereitet ihr den
Kampflongreß
gegen Faschismus
richtig vor?

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationalen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

6. Jahrgang Dresden, Montag den 29. Dezember 1930 Nummer 301

Das Bürgerkriegsprogramm des General v. Seckl

„Es werden Späne fliegen!“

Warm für alle Werttätigen / Seckl will nicht die Not des Volkes beseitigen, sondern im Bündnis mit Nazibanden Arbeiter niedermeheln / Verklärt die Einheitsfront gegen den Faschismus! / Mobilisiert alles für den Kampflongreß!

Berlin, den 29. Dezember.

Der frühere Chef und Organisator der Reichswehr, Generaloberst von Seckl, hat auf eine Rundfrage der DZJ über die Regierungsbeteiligung der Nazis ein ganzes Bürgerkriegsprogramm entwickelt. Auf eine kurze Formel gebracht, lautet es: Niedermehlung der Arbeiter durch die verbündeten Generale und Faschisten, Verwirklichung der Lösung des früheren Justizministers Frenck, nach der 20 Millionen in Deutschland freizugeben seien. Wörtlich sagt dieser Herr der Ausbeuter:

„Die Frage, ob eine Regierungsbeteiligung der Hitlerpartei wünschenswert ist, beantworte ich mit einem uneingeschränkten Ja. Sie ist mehr als das, sie ist notwendig. Ich möchte dieses Ja nicht im engen parteipolitischen und parlamentarischen Sinne verstanden wissen; denn ganz abgesehen davon, ob die Partei gleich stark bleibt, sich an Zahl und Kraft vermindert oder verdoppelt — das, was in dieser Bewegung den ersten Kern bildet, das nationale Empfinden, der Wehrwille das soziale Verständnis, alles getragen von einem jugendlichen, reformbestrebten Auftrieb, alle diese Elemente sind ein notwendiger Bestandteil der Regierung der Zukunft.“

Diese Regierung muß die Form eines Keils haben, dessen äußerste Spitze die Vernunft ist, die von der Macht vorwärts getrieben wird gegen die Wand wirtschaftlicher, moralischer und äußerer Feindschaft. In diesen führenden Keil schieben sich rechts und links, ihn verstärkend und seine Wirkung verbreiternd, alle die Kräfte des Volkes an, die reinen Willens und festen Willens sind.

Bei dem Stoß dieses Keils werden Späne fliegen, das ist unvermeidlich. Das werden die Feigen sein und die Launen und die Unentschieden, die Formalisten und die Bürokraten, und es wird nicht schade um sie sein.

Damit glaube ich auch den zweiten Teil der Frage beantwortet zu haben, den nach den Folgen der Regierungsbeteiligung der Hitlerpartei.“

Dieser Einseitigkeit des Bürgerkriegs, General v. Seckl, ist als Abgeordneter in der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, der Partei des deutschen Trustkapitals. Seine Äußerungen sind wohlwollend und bedeuten nichts anderes als den Versuch der deutschen Trustbourgeoisie, den Widerstand der werttätigen Massen gegen die Youngplawerei und die damit verbundene Ausplünderung der Werttätigen mit militärischer Gewalt niederzuschlagen. So wie dieser Mann 1923 im Auftrage von Ebert, Soliman, Hilferding und Stresemann die Reichswehr und die illegalen faschistischen Truppen zur Niederschlagung der revolutionären Bewegung in Sachsen einsetzte, um so die Voraussetzungen zu schaffen für die Durchführung der Damespolitik und das deutsche Trustkapital vor der Revolution zu retten, so will er jetzt durch die Organisation des Bürgerkriegs gegen die Arbeiter, Angestellten und die durch die Politik des deutschen Großkapitals vernichteten Mittelschichten allen Widerstand gegen eine noch schärfere Ausplünderung brechen. Er will die Bemühtesten und Kühnsten in den Massen einfach niedermeheln. Seckl ist nicht der Mann, der viel Lobes macht.

Wenn er sein Programm entwickelt, so steht fest, daß er, auf den die Bourgeoisie die größten Hoffnungen setzt, entschlossen ist, das durchzuführen. Die Millionäre jubeln begeistert diesem Bürgerkriegsprogramm Seckls zu, wissen sie doch, daß das die letzte Rettung für sie ist.

Seit Monaten wurde in der bürgerlichen Presse darüber geschrieben, daß eine Revision der Reparationspolitik, eine Erleichterung, eintreten werde. Besonders Hitler und Schacht haben durch eine verlogene Presselampagne diesen Eindruck zu erwecken versucht. Jetzt aber muß die herrschende Klasse rekonstruiert feststellen, daß

die Gläubigermächte nicht im entferntesten an eine Revision denken.

Dadurch entsteht jetzt eine Situation, daß das unerhörte Raubprogramm des Kapitalls Brünings noch ungenügend sein soll und die Reichsregierung von sich aus eine Verschärfung dieses Programms bei dem Reichstagszusammentritt oder kurze Zeit darauf bringen wird. Die Kölnische Zeitung, zweifellos das führende Blatt der deutschen Bourgeoisie, bringt in der Nummer vom Sonntag dem 28. Dezember folgendes die Gegenüber im Lager der Bourgeoisie zum Ausdruck und somit die Schwäche der herrschenden Klasse, die sich nur noch dadurch retten kann, daß sie die Militärdiktatur erleidet. Dasselbe Blatt schreibt in seiner Nummer vom 24. Dezember bereits, es sei notwendig, dafür zu sorgen, daß der Reichstagszusammentritt nicht zu einem politischen „Krawall“ werde.

Die Sprache der Bourgeoisie wird immer offener. Sie schilt die Generale und Landesknechte gegen das Volk. Die SPD-Führer — das zeigen die Maßnahmen Severings in Preußen — sind mit bei der Partie. Die Arbeiter müssen den ganzen Ernst der Situation erkennen.

Die Einheitsfront des Proletariats ist die einzige Gewähr dafür, daß dem Faschismus eine Niederlage bereitet wird.

Die Streiks, die heute die Arbeiter gegen die Lohnräuber führen, sind von größter politischer Bedeutung und müssen geführt werden als politische Kampfmaßnahme gegen den Faschismus. Sie sind keine Wirtschaftskämpfe mehr im engeren Sinne.

Sondern der Ausgangspunkt politischer Massenstreiks und Boraussetzung für den Sieg über den Faschismus.

Alle Organisationen der Arbeiter müssen die größten Anstrengungen machen, die einheitliche Kampffront gegen den Faschismus zu schaffen. Die sozialdemokratischen Arbeiter werden an dem Bürgerkriegsprogramm des völksparteilichen Generals von Seckl erkennen, daß alle Hemmungen beseitigt werden müssen, daß die Proletarier jetzt Schulter an Schulter gegen die drohende Gefahr stehen müssen. Überall gilt es Beschlüsse zu

lassen für eine umfassende Kampagne gegen die faschistische Gefahr, in allen Betrieben, in Stadt und Land Aktionsauschüsse zu wählen, deren Aufgabe es ist, den örtlichen Kampf gegen den Faschismus zu organisieren, aus allen Betrieben und Massenorganisationen der Werttätigen müssen Delegierte gewählt werden zum Kampflongreß gegen den Faschismus am 17. und 18. Januar in Dresden. Die proletarische Einheitsfront marschiert, stengt alle Kräfte an, um den Generälen eine proletarische Antwort zu erteilen! Vorwärts!

Einheitsfront gegen Faschismus

Reichsbannerarbeiter zum Kampflongreß gewählt / Der richtige Weg zum Sieg!

Bamberg, 29. Dezember.

Die Einheitsfront der Arbeiter im Kampf gegen den Faschismus wächst überall an. In Bamberg fand am Sonnabend eine gemeinsame Versammlung der Reichsbannerarbeiter und des Kampfbundes gegen den Faschismus statt, in der über die Kampfmaßnahmen gegen den Faschismus gesprochen und praktische Beschlüsse gefaßt wurden. Die Versammlung, an der 35 Reichsbannerarbeiter teilnahmen, wählte einen Reichsbannerkameraden als Delegierten zum Kampflongreß gegen den Faschismus. Die Arbeiter haben beschlossen, alle Aktionen gegen den Faschismus gemeinsam durchzuführen. Dieses leuchtende Beispiel proletarischer Kampfsolidarität gegen die faschistische Pest muß überall Nachahmung finden. Dieser Weg ist der Weg des Sieges der Arbeiterklasse!

Heute Metallschiedspruch

Geschlossene Kampffront aller Industriegruppen gegen die Lohn- und Gehaltsräuber
Alle Betriebe streikfertig machen! — Streik gegen Lohn- und Gehaltsraub ist ein gewaltiger Schlag gegen Faschismus

Heute soll die kapitalistische Schlichterkammer im Lohnstillestand der sächsischen Metallarbeiter den Schiedsspruch fällen. Seit sechs Monaten herrscht in der sächsischen Metallindustrie ein tarifloser Zustand, den die Unternehmer überall zur Senkung der Arbeitslöhne ausnützen, während die reformistische Gewerkschaftsbürokratie nicht das Geringste unternimmt, um den Lohnraub an den Metallarbeitern zu verhindern. Von Woche zu Woche vertieft man die Metallarbeiter mit radikalen Protesten, erklärt man, daß, wenn die Unternehmer ihre Lohnabbauordnungen bekanntgeben würden, man dann sofort „alle Maßnahmen“ für die Aufnahme des „Kampfes“ treffen werde. Doch die Metallarbeiter hörten und sahen nichts von Kampfmaßnahmen der Reformisten.

Der gewaltige Streik der Berliner Metallarbeiter kam und mit ihm der schändliche Verrat des Streikbrecheragenten Ulrich und seiner Freunde. In Mansfeld, Rudolstadt, an der Wasserfront, überall brachen Bewegungen der Metallarbeiter aus, doch die sächsische reformistische Metallarbeiterbürokratie unternahm nichts. Die Limbacher Metallarbeiter riefen zum Kampf und wollten zur Unterstützung der Berliner Metallarbeiter und zur Abwehr des Lohnraubs in Sachsen den Kampf aufnehmen. Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie würgte den Kampf sofort bei Beginn ab und entsandte eine niederrätige Delegation die Limbacher revolutionäre Ortsverwaltung des DZJ, die sich bis zur Auflösung der Ortsverwaltung weigerte. Nicht Kampf gegen die Unternehmer, sondern Kampf gegen die in der Entscheidung begriffene, einheitliche, geschlossene Kampffront der Metallarbeiter unter Führung der KPD war die Aufgabe der Reformisten.

Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie, zur Durchführung aller Befehle der Metallindustriellen bereit, stimmte in Plauen und in den anderen Metallbetrieben dem Abbau der Arbeitslöhne zu. Verschärft führten die Unternehmer die Rationalisierungsmethoden durch und machten trotz verringerter Arbeiterzahl und Kurzarbeit Riesengewinne. Die Jahresabfälle der sächsischen Großbetriebe der Metallindustrie betragen dies. Die Aktiengesellschaft Sächsischer Werke erzielte einen Reingewinn von 6 600 000 Mark. An Dividenden für ihre Aktionäre konnten verteilen:

- Reichsmetallwerke . . . 14 Prozent
- Schubert & Salzer, Chemnitz 16 Prozent
- Milag Mühlenbau . . . 10 Prozent
- Elektra AG, Dresden . . . 12 Prozent
- Zeiß-Kon, Dresden . . . 12 Prozent

Der Reallohn der Arbeiter aber sank durch die gemaltigen Preissteigerungen und neuen Steuern, die nur die Arbeiter und Angestellten belasteten, immer mehr, so daß selbst der bürgerliche Statistiker Dr. Kuczynski feststellen mußte,

daß sich der Reallohn der Arbeiter seit Oktober 1929 bis Oktober 1930 um über 20 Prozent verringert hat.

Am 16. Januar teilt der Abzug der Regierung von dem Lohn der Arbeiter in Kraft. Am 1. Januar wird sich Brünings neue Lohnpolitik in verschärfter Weise auswirken und die Arbeiter aufs neue belasten. Trotz alledem schreiben die Unternehmer nach Lohnsenkung und finden dabei Gedul bei der reformistischen Metallarbeiterverbandsbürokratie. Nach dem Einverständnis mit dem Lohnraub in Berlin, folgten die freiwilligen Vereinbarungen der Metallarbeiterverbandsbürokratie zum Lohnraub in Breslau, Hannover, Stuttgart und anderen Bezirken des Reiches. Diesem Lohnraub soll jetzt der in Sachsen folgen.

Heute am 29. Dezember wird die sächsische Schlichterkammer ihren Spruch fällen.

Wie er ausfallen wird, dürfte jedem klar sein, ebenso die Haltung der DZJ-Führung. Nicht umsonst haben die Unternehmer im Einverständnis mit den Metallarbeiterbömben und dem Schlichter den 29. Dezember gewählt. Die Lohnräuber wissen, daß in der Neujahrswoche nur ein geringer Teil der Arbeiter in den Betrieben beschäftigt ist, daß die Unternehmer ihre Anstrengungen durchzuführen, um festzustellen, wieviel sie aus den Knochen der Proleten herausgepreßt haben. Sie hoffen, daß die Arbeiter sich noch in der „Feiertagsstimmung“ befinden, daß sie nicht sofort zum Auftreten und Stellung nehmen und man bis zur Wiederaufnahme der Betriebe den Lohnraubschiedsspruch verbindlich erklärt hat. Doch die Lohnräuber werden sich täuschen. Unter der Führung der KPD werden die Metallarbeiter sofort zu dem Lohnraub Stellung nehmen und ihre Kampfmaßnahmen beschließen.

Nicht nur für die Metallarbeiter soll heute der Lohnraub bittiert werden, sondern auch für die Bergarbeiter und andere Arbeitergruppen. Am 19. Januar tritt bei den Berliner Metallarbeitern der fünfprozentige Lohnraub in Kraft. Im Ruhrgebiet haben 300 000 Bergarbeiter streikfertig. In Sachsen haben die Bergarbeiter alle Vorbereitungen zur Aufnahme des Kampfes getroffen. In Berlin rufen die Metallproleten unter der Führung der KPD zu einem neuen Kampf gegen den Lohnraub. Unverzüglich schließt sich die Kampffront der Arbeiter, überall her-